

STADT NORDEN

Protokoll

über die Sitzung des Umwelt-, Energie- und Verkehrsausschusses (09/UEV/2018)

am 04.06.2018

im Sitzungszimmer des Rathauses, Am Markt 15

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
5. Bekanntgaben
6. Durchführung der Einwohnerfragestunde 1. Teil
7. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung des Umwelt-, Energie- und Verkehrsausschusses vom 09.04.2018
0520/2018/3.3
8. Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH; Bericht der Geschäftsführung
9. Vorstellung des EWE-Energieberichts (Stand: Jan. 2018)
10. Anschlussvorhaben zur Fortschreibung und Umsetzung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt Norden
0517/2018/3.3
11. Erweiterung des Industriegebietes Delfzijl Oosterhorn, Niederlande; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.04.2018
0541/2018/3.3
12. Dringlichkeitsanträge
13. Anfragen, Wünsche und Anregungen
- 13.1. Anfragen, Wünsche und Anregungen; Brückenschließungen Altendeichsweg und Ad-dinggaster Weg
- 13.2. Anfragen, Wünsche und Anregungen; Radweg Ostermarsch
- 13.3. Anfragen, Wünsche und Anregungen; Radfahrer im Neuen Weg

- 13.4. Anfragen, Wünsche und Anregungen; Vogelbeobachtungsstation Norddeich
- 13.5. Anfragen, Wünsche und Anregungen; Rückstau Kreisel Wurzdeicher Straße
- 14. Durchführung der Einwohnerfragestunde 2. Teil
- 15. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Vorsitzender Hinrichs begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17.04 Uhr.

Im Namen des Ausschusses beglückwünscht er Ratsfrau Behnke und Ratsherrn Janssen zu ihrem heutigen Geburtstag.

zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Hinrichs stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen

Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor. Vorsitzender Hinrichs stellt somit die vorliegende Tagesordnung fest.

zu 4 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Keine.

zu 5 Bekanntgaben

Bürgermeister Schmelzle gibt zu Anfragen aus der letzten Sitzung folgendes bekannt:

- Auf die im Rahmen der Bürgerfragestunde (TOP 6) von Herrn Peter Jansen gestellte Frage, warum die Leitpfähle vor seinem Grundstück entfernt wurden, hat dieser mit Schreiben vom 20.04.2018 eine Antwort aus dem Fachdienst 3.3 erhalten.
- Auf Nachfrage von Ratsherrn Janssen (TOP 12-Beschluss-Nr. 0475/2018/3.3) wurde eine aktuelle Übersicht der städtischen Spielplätze im Internet veröffentlicht.
- Ratsherr Janssen hatte angeregt, am Schwanenteich wieder „Sonnenplätze“ für die Schildkröten anzulegen (TOP 17-Wünsche u. Anregungen). Diese sind wieder vorhanden – ein entsprechendes Foto wurde dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben.
- Die Bitte von Ratsfrau Beyer nach Offenlegung der Kalkulation der Kosten für die Stra-

Benerhaltung in der Straße Mahnland und der südlichen Gewerbestraße in Höhe von 47.000 € (TOP 13-Beschluss-Nr. 0473/2018/3.3) wurde ebenfalls erfüllt. Der zuständige Sachbearbeiter hat die Kalkulation mündlich erläutert.

- Der von Ratsherrn Mellies (TOP 17-Wünsche und Anregungen) geäußerten Bitte um Beseitigung des ausgeschnittenen Totholzes in Leybucht-polder wurde nachgekommen. Fragen zu einzelnen Bäumen etc. werden in einem Gespräch mit dem zuständigen Fachdienst geklärt.

zu 6 Durchführung der Einwohnerfragestunde 1. Teil

Es wurden keine Fragen gestellt.

zu 7 Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung des Umwelt-, Energie- und Verkehrsausschusses vom 09.04.2018 0520/2018/3.3

Es ergeht folgender Beschluss:

Das Protokoll wird genehmigt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 8 Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH; Bericht der Geschäftsführung

Herr Völz erklärt, dass es seitens der Wirtschaftsbetriebe keine Themen gibt, über die im Rahmen dieses Ausschusses zu berichten wäre.

zu 9 Vorstellung des EWE-Energieberichts (Stand: Jan. 2018)

Herr Pruss, EWE, stellt den EWE-Energiebericht anhand einer Präsentation vor.

Der Energiebericht und die Präsentation sind diesem Protokoll (im Ratsinformationssystem) beigefügt.

Ratsherr Julius möchte wissen, warum der Energiebericht von der EWE und nicht von den Wirt-

schaftsbetrieben erstellt wird und wie hoch die Kosten sind.

Herr Völz antwortet, dass bei den Wirtschaftsbetrieben die Qualifikation für die Erstellung eines so umfangreichen Berichts nicht vorhanden ist.

Die Kosten werden von Herrn Kant mit deutlich unter 5.000 € beziffert.

**zu 10 Anschlussvorhaben zur Fortschreibung und Umsetzung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt Norden
0517/2018/3.3**

Sach- und Rechtslage:

Mit der Sitzung des Rates der Stadt Norden am 04.12.2012 wurde der von der BEKS Energie Effizienz GmbH aus Bremen erarbeitete Schlussbericht „Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept für Juist, Norderney, Baltrum und Norden (Stand Juli 2012)“ beschlossen (**Beschlussvorlage 0357/2012/FB3**). In seiner Sitzung am 15.07.2014 stimmte der Rat zudem dem Arbeitsplan für den Klimaschutzmanager des Tourismusdreiecks Norden, Juist und Baltrum und den für die Stadt Norden relevanten Maßnahmen zu (**Beschlussvorlage 0968/2014/FB3**). Für die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen und für die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes wurden im Dezember 2015 Finanzmittel für eine Zwei-Drittel-Stelle eines Klimaschutzmanagers durch das Bundesumweltministerium als Teilprojekt für die Stadt Norden bewilligt. Die Förderquote liegt bei 85 %. Das Projekt ist auf drei Jahre befristet und endet am 30.11.2018.

Für die Durchführung eines Anschlussvorhabens ist die Beantragung von Fördermitteln möglich. Der Bewilligungszeitraum für ein mögliches Anschlussvorhaben würde maximal zwei Jahre betragen und wird nur noch mit 40 Prozent bezuschusst.

In der Sitzung des Gemeinderates am 21.03.2018 der Inselgemeinde Juist wurde die Beantragung eines Anschlussvorhabens für das Teilprojekt Juist einstimmig abgelehnt. In der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 18.04.2018 hat Bürgermeister Heiko Schmelzle eine Bekanntgabe zu diesem Thema gemacht. Folgend der Text aus dem Protokoll der Sitzung:

Zitat Anfang

Bürgermeister Schmelzle zitiert aus der Presseberichterstattung des Ostfriesischen Kuriers vom 29.03.2018 zu den in der Ratssitzung vom 21.03.2018 vom Juister Rat gefassten Beschlüssen:

„Die Mitglieder des Juister Gemeinderates halten weiterhin an ihrem Ziel fest, bis 2030 die Klimaneutralität der Insel zu erreichen. Die Fortschreibung und Umsetzung eines Integrierten Klimaschutzkonzeptes haben Ratsmitglieder jedoch einstimmig abgelehnt. Die bisherige Maßnahme habe in den vergangenen drei Jahren nicht besonders viel gebracht, begründen sie ihre Entscheidung.“

Bürgermeister Schmelzle berichtet, dass der Verwaltungsvorstand seit Herbst 2017 mit dem Bürgermeister der Insel Juist in dieser Sache im Gespräch gewesen sei. Dieser habe darum gebeten, die Entscheidung des Juister Rates abzuwarten. Nach dem Beschluss des Rates gelte es nunmehr, die Auswirkungen zu prüfen, da es sich bislang um ein gemeinschaftliches Projekt der Insel Juist gehandelt habe. Die politischen Gremien müssten darüber entscheiden, wie es weitergeht – die Verwaltung werde nach Prüfung einen Vorschlag (als Ausgangspunkt für die politischen Beratungen) unterbreiten.

Zitat Ende

Die Verwaltung hat die Auswirkungen in Bezug auf die Personalkosten geprüft. Bei einer Fortführung könnte nach der Ablehnung durch den Gemeinderat der Insel Juist nur noch 2/3 der

Stelle gefördert werden. Folgende Auswirkungen wären für die folgenden Haushaltsjahre zu verzeichnen:

Personalausgaben	Haushaltsjahr 2019	Haushaltsjahr 2020
Beschäftigte E10 Vollzeit	63.200,00 €	56.600,00 €
Beschäftigte E10 2/3 Stelle	42.140,00 €	37.740,00 €
Eigenanteil Norden (60 %)	25.290,00 €	22.644,00 €

Im Falle eines positiv beschiedenen Anschlussvorhabens wären im Haushaltsjahr 2019 42.140,00 € und im Haushaltsjahr 2020 37.740,00 € für Personalkosten bereitzustellen, wobei über Erträge (Förderung von 40 %) in 2019 16.850 € und in 2020 15.096 € eingenommen werden würden.

Die Beantragung eines Anschlussvorhabens ist auch nach dem 31.05.2018 möglich. Soweit zwischen Projektende und Anschlussvorhaben ein zeitlicher Zwischenraum entsteht, ist im Antragsverfahren darzustellen, wie dieser Zeitraum überbrückt werden soll. Außerdem ist die Verstärkung des Klimaschutzmanagements darzulegen. Wahlweise kann dies durch eigenes Personal oder durch die Beauftragung eines externen Dienstleisters erfolgen. Diese Kosten müsste die Stadt Norden dann selbst tragen.

Die Beantragung des Anschlussvorhabens setzt voraus, dass der Arbeits- und Maßnahmenplan noch fortgeschrieben und beschlossen wird. Der ursprüngliche Projektantrag wurde im Rahmen des Regionalmanagements durch die Arbeitsgruppe für regionale Struktur- und Umweltforschung GmbH (ARSU GmbH) erstellt. Hierfür fielen für die Stadt Norden keinerlei Kosten an. Sowohl der Fachdienst 3.2 Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing als auch der Fachdienst 3.3 Umwelt und Verkehr sind inhaltlich und personell nicht in der Lage, entsprechende Antragsunterlagen für ein Anschlussvorhaben zu erstellen. Eine ausnahmsweise direkte Beauftragung der ARSU GmbH wäre vergaberechtlich aufgrund des nur dort vorhandenen Grundwissens möglich, aber mit entsprechenden Kosten verbunden. Diese Möglichkeit scheidet jedoch aus, da die ARSU GmbH sich kapazitätsmäßig nicht in der Lage sieht, eine solche Leistung in der erforderlichen Qualität zu erbringen.

Aufgrund insbesondere fehlender personeller Ressourcen konnten zudem einzelne Projekte im aktuellen Förderzeitraum nicht umgesetzt werden.

Vor dem Hintergrund der geschilderten Sachverhalte und der oben beschriebenen Entscheidung des Rates der Inselgemeinde Juist empfiehlt die Verwaltung, von der Beantragung eines Anschlussvorhabens zur Fortschreibung und Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt Norden nach dem bisherigen Modell abzusehen. Die Verwaltung der Stadt Norden ist den Aufgaben des Klimaschutzes verpflichtet. Der Klimaschutz ist beim verwaltungsseitigen Handeln grundsätzlich zu berücksichtigen.

Herr Kumstel erläutert die Sach- und Rechtslage.

Ratsherr Wimberg versteht die Sach- und Rechtslage als Hilferuf der Bauverwaltung. Seines Erachtens kommt darin klar zum Ausdruck, dass die Bauverwaltung unterbesetzt ist. Das ist auch in anderen Sachzusammenhängen erkennbar, da bestimmte Dinge nicht mehr erledigt werden können, so dass die Dienstleistung, die die Stadt gegenüber dem Bürger erbringt, nicht mehr übernommen werden kann. Desweiteren spricht er die Kosten/ Nutzenanalyse an. Die Kosten übersteigen dabei seiner Meinung nach den Nutzen erheblich. Er stellt deshalb in Frage, dieses Projekt fortzusetzen. Seines Erachtens fehlen die Ressourcen um das Projekt inhaltlich und qualifiziert zu begleiten. Aus den vorgenannten Gründen kann er dem Beschlussvorschlag der Verwaltung, das Anschlussvorhaben nicht zu beantragen, folgen.

Ratsfrau Kolbe erläutert, dass die Initiative zum Projekt Klimaschutzmanagement auch von den Grünen ausging, da man die Hoffnung hatte, dass innerhalb dieses Projekt entsprechende Maßnahmen umgesetzt würden. Dies war zum Teil auch der Fall – so z. B. diverse Veranstaltun-

gen – allerdings habe man sich insgesamt mehr davon versprochen. Einen Klimaschutzbeauftragten nur zur Akquise von Fördermitteln vorzuhalten, wobei die Umsetzung von Maßnahmen aufgrund fehlender Ressourcen nicht möglich ist, ergibt nach ihrer Meinung keinen Sinn. Die wenigen Mittel, die die Stadt hat, sollten direkt in Maßnahmen gesteckt werden – diese sollten allerdings auch konkret festgelegt werden.

Bürgermeister Schmelzle erklärt, dass sich die Stadt selbstverständlich auch weiterhin dem Klimaschutz verpflichtet sieht. So wird es auch zukünftig energetische Maßnahmen an städtischen Gebäuden geben und auch die übergreifende Verkehrsplanung, für die jetzt ein Verkehrsplaner eingestellt wird, kann durch eine Verstärkung des Radverkehrs dem Klimaschutz dienen. Bei solchen Projekten müssen allerdings 80 bis 90 Prozent der Arbeiten durch das technische Personal erledigt werden, entsprechende Ressourcen standen bei einigen Projekten, die von Herrn Kant vorgeschlagen wurden und die auch sinnvoll gewesen wären, nicht zur Verfügung. Allerdings habe es auch positive Beispiele für die Arbeit des Klimaschutzmanagements gegeben, für die er Herrn Kant sein Lob ausspricht. Als Beispiel nennt er die intensive Begleitung der Förderanträge für den Neubau des Faulturms am Klärwerk.

Es ergeht folgende Beschlussempfehlung:

Ein Anschlussvorhaben des Teilprojektes A (Norden) „KSI: Schaffung eines kommunalen Klimaschutzmanagements für Norden und Juist zur fachlichen und inhaltlichen Unterstützung bei der Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes des Tourismusdreiecks“ wird nicht beantragt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 11 Erweiterung des Industriegebietes Delfzijl Oosterhorn, Niederlande; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.04.2018
0541/2018/3.3**

Sach- und Rechtslage:

Zur Begründung wird auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.04.2018 verwiesen.

Ratsfrau Kolbe, Ratsherr Julius und Ratsherr Wimberg sprechen sich für die Unterstützung der Bürgerinitiative aus.

Ratsfrau Ippen sieht die Angelegenheit kritisch, da man anderen Bürgerinitiativen, so z. B. dem UEK-Förderverein, die Unterstützung versagt hat.

Ratsfrau Kolbe erwidert, dass es hier nicht um eine finanzielle, sondern um eine politische Unterstützung geht.

Es ergeht sodann folgende Beschlussempfehlung:

- 1. Der Rat der Stadt Norden unterstützt die Klage der Bürgerinitiative Saubere Luft Ostfriesland e.V. gegen die Erweiterung des Industriegebietes Delfzijl Oosterhorn, Niederlande.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, Kontakt zu den Bürgermeistern der Gemeinden Borkum, Juist, Norderney und der Krummhörn aufzunehmen, um eine gemeinsame Erklärung zu beraten.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 12 Dringlichkeitsanträge

Keine.

zu 13 Anfragen, Wünsche und Anregungen

zu 13.1 Anfragen, Wünsche und Anregungen; Brückenschließungen Altendeichsweg und Addingaster Weg

Ratsherr Mellies erkundigt sich, ob die Teilspernung der Brücke am Altendeichsweg kurzfristig wieder aufgehoben wird. Ratsherr Wimberg möchte das auch für die Brücke am Addingaster Tief wissen.

Herr Kumstel antwortet, dass die letzte Brückenprüfung für beide Brücken die Ausschilderung einer Gewichtsbeschränkung zur Folge hatte. Hinsichtlich der Brücke am Addingaster Weg sind keine großen Umwege zu fahren, mit dem ÖPNV und dem Lieferverkehr EDEKA haben entsprechende Abstimmungsgespräche stattgefunden. Dort werden bauliche Maßnahmen erfolgen und der Pkw-Verkehr wird durchgelassen.

Für den Altendeichsweg steht derzeit nicht fest, ob eine Reparatur bzw. eine sogenannte Er-tüchtigung möglich ist. Mehrere Möglichkeiten werden derzeit geprüft. Die Sicherheit muss je-doch in allen Fällen vorgehen.

zu 13.2 Anfragen, Wünsche und Anregungen; Radweg Ostermarsch

Ratsfrau Beyer fragt an, ob und wann der Radweg an der Ostermarscher Straße, der bisher am Waloseum endet, weitergeführt wird.

Herr Kumstel antwortet, dass eine Weiterführung als Maßnahme im Radwegeprogramm des Landkreises geplant ist. Abgearbeitet werden die Maßnahmen nach einer Prioritätenliste. Der Radweg Ostermarsch steht in dieser Liste jedoch nicht sehr weit oben, so dass kurzfristig nicht mit dem Bau gerechnet werden kann. Die genauen Daten können jedoch beim Straßenbau-lastträger erfragt und in der nächsten Sitzung bekanntgegeben werden.

Ratsfrau Beyer möchte wissen, ob denn eine Geschwindigkeitsbegrenzung möglich ist.

Bürgermeister Schmelzle erwidert, dass er sich bereits für eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 70 km/h eingesetzt hat. Insbesondere für den Bereich um die Fa. Schmidt, da es dort bereits zu

einem Unfall gekommen ist. Eine daraufhin erfolgte Verkehrsbereisung hat jedoch nicht zu einem entsprechenden Ergebnis geführt.

zu 13.3 Anfragen, Wünsche und Anregungen; Radfahrer im Neuen Weg

Ratsfrau Kolbe meint, dass die Beschilderung des Neuen Weges hinsichtlich der eingeschränkten Freigabe für Radfahrer von den Radfahrern nicht richtig wahr- bzw. aufgenommen wird. Diese lesen nur das Schild „Fahrradfahrer frei“ nicht jedoch die zeitliche Beschränkung. Sie möchte wissen, ob die Beschilderung dahingehend geändert werden kann, dass man umgekehrt formuliert in „Lieferverkehr und Fahrradfahrer nicht gestattet von 10.00 Uhr bis 19.00 Uhr“.

Herr Kumstel verspricht eine Klärung.

zu 13.4 Anfragen, Wünsche und Anregungen; Vogelbeobachtungsstation Norddeich

Ratsfrau Kolbe möchte wissen, unter wessen Regie und Verantwortung die Vogelbeobachtungsstation in Norddeich geplant und gebaut wurde. Sie bezeichnet die Maßnahme als Fehlplanung, da die Erreichbarkeit nur über Treppen gegeben ist und die Hütte in der Regel abgeschlossen ist. Die eingebauten Fenster lassen bei Schlechtwetter keine Beobachtung zu.

Vorsitzender Hinrichs erklärt, dass die Federführung bei den Wirtschaftsbetrieben liegt, die Hütte jedoch noch nicht der Öffentlichkeit übergeben wurde, so dass dort noch abgeschlossen ist. Die Zuwegung erfolgt derzeit nur über eine Treppe, da man keine Zuwegung über das Gelände DONG bekommen hat, die ggf. für Behinderte geeignet gewesen wäre.

Vorsitzender Hinrichs und Bürgermeister Schmelzle stellen übereinstimmend fest, dass es genau der richtige Standort für die Beobachtungsstation ist. Bürgermeister Schmelzle fügt hinzu, dass es auch wohl aufgrund der Treppe Verzögerungen während der Bauzeit gegeben hat und zu bedenken ist, dass nur außerhalb der Brut- und Setzzeiten gearbeitet werden darf.

zu 13.5 Anfragen, Wünsche und Anregungen; Rückstau Kreisel Wurzdeicher Straße

Vorsitzender Hinrichs wurde bereits mehrfach von Bürgern darauf hingewiesen, dass sich der Verkehr insbesondere zur Feierabendzeit am Halbkreisel Bahnhofstraße in die Wurzdeicher Straße staut. Der Stau reicht manchmal bis zur Einfahrt in das Gewerbegebiet. Das führt dazu, dass Autofahrer die Abkürzung über den Gartenweg nehmen. Die Anlieger haben versucht mit den Autofahrern zu sprechen, das hat jedoch nicht zum Erfolg geführt, sondern ist in einigen Fällen bereits eskaliert. Vorsitzender Hinrichs hält ein Durchfahrtsverbot für LKW für zwingend notwendig.

zu 14 Durchführung der Einwohnerfragestunde 2. Teil

Es wurden keine Fragen gestellt.

zu 15 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Vorsitzender Hinrichs schließt die öffentliche Sitzung um 18.40 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Bürgermeister

Die Protokollführerin

gez.

gez.

gez.

- Hinrichs -

- Schmelzle -

- Swyter -